

Mitteilung
des Ministeriums der Justiz und für Europa

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 23. Oktober 2018,
Az.: EU-9520/35:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen.

Wolf
Minister der Justiz
und für Europa

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****3. Quartal 2018**

I. Aktuelle europapolitische Themen	2
1. Zukunft der EU - Task Force Subsidiarität.....	2
2. Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027.....	4
3. Brexit	5
4. Rechtsstaatlichkeit.....	6
II. Europadialog der Landesregierung	8
III. Europapolitische Veranstaltungen	9
IV. Europafähigkeit	10
V. Ausschuss der Regionen	11
VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	12
VII. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum	15
1. EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)	15
2. EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP).....	16
VIII. Vier Motoren für Europa	17
IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen 17	
1. Delegationsreise von Ministerpräsident Kretschmann in die USA und nach Kanada vom 13. bis 22. September 2018	17
2. Reise von Minister Wolf nach Rumänien von 2. bis 5. August 2018 ..	19
3. Zusammenarbeit mit Frankreich.....	20
X. Entwicklungspolitik	23

I. Aktuelle europapolitische Themen

Das dritte Quartal des Jahres 2018 wurde europapolitisch von der Diskussion über die Zukunft der EU, den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027, den Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich und Kritik an der Verletzung rechtsstaatlicher Standards in einigen Mitgliedstaaten geprägt.

1. Zukunft der EU - Task Force Subsidiarität

Die von Kommissionspräsident Juncker Anfang des Jahres eingesetzte Task Force Subsidiarität hat am 10. Juli 2018 ihren Abschlussbericht vorgelegt. Der Bericht enthält zahlreiche Einzelschlüsse, die sich an die EU-Institutionen sowie nationale und regionale Parlamente und Behörden richten. Die Task Force empfiehlt u. a. die Einführung eines Subsidiaritätsrasters zur Kontrolle der Einhaltung der Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit, um ein einheitliches Verständnis von Subsidiarität zu entwickeln. Das Prüfraster soll auch die Wiedereinführung der Kriterien des Amsterdamer Protokolls zur Subsidiarität beinhalten. Das Subsidiaritätsraster solle vom Europäischen Parlament (EP) und vom Rat im Gesetzgebungsverfahren verwendet werden sowie von den nationalen und regionalen Parlamenten für die Subsidiaritätskontrolle. Die Task Force regt ferner an, dass die 8-Wochen-Frist für Subsidiaritätsrügen seitens der Kommission flexibler gehandhabt wird, z. B. bei Urlaubsperioden. Die Kommission solle Stellungnahmen von nationalen Parlamenten und regionalen Parlamenten mit Gesetzgebungszuständigkeiten besser berücksichtigen. Die Task Force schlägt auch vor, die Frist des Frühwarnsystems auf zwölf Wochen zu verlängern; dafür wäre eine Vertragsänderung im Subsidiaritätsprotokoll erforderlich. Bei Konsultationen soll die Kommission die besondere Rolle von Regionen und Kommunen besser berücksichtigen. Die Folgenabschätzungen der Kommission sollten systematisch territoriale Folgen berücksichtigen. Die Kommission solle alle Einschätzungen der Regionen und Kommunen an Rat und EP weiterleiten, die sie im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens erhält. Die Mitgliedstaaten und nationalen Parlamente sollten die Positionen und die Expertise der Regionen und Kommunen zu

Beginn des Gesetzgebungsverfahrens einbeziehen (z. B. durch Anhörungen). Die Taskforce regt an, die Regelungsdichte innerhalb einzelner Politikbereiche deutlich zu reduzieren, aus Zeitgründen wurde dies beispielhaft nur anhand der Kohäsionspolitik veranschaulicht. Um die Erfahrungen der Regionen und Kommunen bei der Evaluierung der EU-Gesetzgebung einzubeziehen, soll der AdR ein Pilotnetzwerk von Regionen schaffen. Ferner wird eine bessere Verlinkung der Plattformen der regionalen Parlamente (REGPEX) und der nationalen Parlamente (IPEX) vorgeschlagen. Schließlich fordert die Task Force, einen stärkeren Fokus auf die effiziente Umsetzung zu legen anstelle neuer Gesetzesinitiativen in Bereichen, in denen die Gesetzgebung seit längerem besteht und/oder erst kürzlich überarbeitet wurde und die Zahl der delegierten Rechtsakte zu reduzieren.

Bewertung: Die Vorschläge der Task Force sind ein Schritt in die richtige Richtung, sie hätten jedoch deutlich ambitionierter ausfallen können. Zu begrüßen ist, dass die Task Force einige Empfehlungen der Landesregierung übernommen hat, wie die Frage nach einer flexibleren Anwendung der Fristen und zur Wiederaufnahme der Kriterien des Protokolls zum Amsterdamer Vertrag. Im Interesse der regionalen Parlamente dürfte die vorgeschlagene Ausweitung der Frist zur Erhebung einer Subsidiaritätsrüge auf zwölf Wochen sein. Bedauerlich ist, dass wichtige Forderungen aus Baden-Württemberg, aber auch anderen Regionen mit Gesetzgebungskompetenzen nach einer deutlichen Senkung der Regulierungsdichte, etwas durch einen restriktiveren Rückgriff auf die Binnenmarktklausel des Art. 114 AEUV und der Kompetenzergänzungsklausel des Art. 352 AEUV sowie nach einer Präferenz für das Instrument der Richtlinie nicht aufgegriffen wurden. Nun wird es darauf ankommen, dass die Kommission die Empfehlungen der Task Force auch aufgreift und weitere Schritte folgen. Die Kommission hat angekündigt, ihre Schlussfolgerungen zum Taskforce-Bericht anlässlich der Subsidiaritätskonferenz der österreichischen Ratspräsidentschaft Mitte November im Bregenz zu veröffentlichen.

2. Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 bis 2027

Bei den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 haben sich im Berichtszeitraum Interessenkonflikte zwischen den Mitgliedstaaten herauskristallisiert. Vertreter der Landwirtschaft und der Regionen (u. a. der Ausschuss der Regionen) haben die von der Kommission vorgeschlagenen Kürzungen bei der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Kohäsionspolitik deutlich kritisiert. Die Kommission hält an ihrem Ziel fest, eine Einigung über den MFR bis zur Europawahl Ende Mai 2019 zu erzielen.

Auf Initiative von Herrn Kommissar Oettinger und Herrn Minister Wolf fand ein Fachgespräch von Vertretern der Landesministerien und der Verwaltungsbehörden mit Experten der Kommission zum Thema Verwaltungsvereinfachung am 26. September 2018 in Brüssel statt. Der EP-Berichterstatter zum MFR, der polnische Europaabgeordnete Jan Olbrycht, nahm an diesem Treffen ebenfalls teil. In mehreren Gesprächsrunden erörterten Vertreter der betroffenen Generaldirektionen mit den Experten aus Baden-Württemberg spezifische Fragestellungen der einzelnen EU-Förderprogramme.

Die Europaministerkonferenz hat am 26./27. September 2018 bei ihrer auswärtigen Sitzung in Brüssel auf Mitinitiative von Baden-Württemberg einen Beschluss zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit der EU nach 2020 gefasst. Die EMK kritisiert die im Kommissionsvorschlag vorgesehenen Kürzungen bei den bewährten und effektiv wirkenden Programmen der grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit. Sie fordert eine Mittelausstattung für die Interreg-Programme im nächsten MFR, die mindestens der aktuellen Förderperiode entspricht.

Bewertung: Die Verhandlungspositionen der Mitgliedstaaten liegen noch deutlich auseinander. Die Landesregierung unterstützt das Ziel von Kommissar Oettinger, zu einer Einigung noch vor der Europawahl 2019 zu kommen, da ansonsten wieder mit Verzögerungen beim Start der Programme auch bei Förderempfängern hier im Land zu rechnen

ist. Das Arbeitstreffen mit EU-Haushaltskommissar Oettinger war in einmalige Gelegenheit, baden-württembergische Expertise zur Verbesserung der EU-Förderprogramme direkt bei den verantwortlichen Experten in den Generaldirektionen der Kommission einzubringen und Baden-Württemberg quasi als Modellregion zu präsentieren. Ferner konnte Europaminister Wolf die baden-württembergischen Anliegen zum MFR 2021-2027 nochmal direkt bei Kommissar Oettinger anbringen.

3. Brexit

Der Brexit bleibt Dauerthema in der europapolitischen Debatte. Eine endgültige Einigung über die Bedingungen des Austritts gab es auch im dritten Quartal 2018 nicht. Der Entwurf eines Austrittsabkommens wurde auf Arbeitsebene zwischenzeitlich zwar weitgehend geeint. Vor allem hinsichtlich der Frage der Vermeidung einer harten irisch/nord-irischen Grenze bleiben jedoch noch politische Entscheidungen erforderlich. Zwischen den Verhandlungsparteien ist insbesondere ungeklärt, wie die Rückfallposition („backstop“) formuliert werden soll, die dann greift, wenn das noch zu verhandelnde Abkommen über das zukünftige Verhältnis eine harte Grenze nicht vermeiden kann. Die Verhandlungsführer arbeiten zudem an einer politischen Erklärung zum Rahmen des zukünftigen Verhältnisses; ein Text ist hier bislang unbekannt.

Im Land hat das Ministerium der Justiz und für Europa im August 2018 in einer Ressortabfrage für die denkbaren Austrittsszenarien (Abschluss eines Austrittsabkommens oder „No Deal“-Brexit) ermittelt, welche Vorbereitungsmaßnahmen in den unterschiedlichen Geschäftsbereichen schon vorgenommen wurden oder noch für erforderlich gehalten werden. Alle Ressorts sind sensibilisiert und stehen in engem Austausch mit den Interessenträgern in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Dringender Handlungsbedarf hat sich aus den Rückmeldungen nicht ergeben. Das Ministerium der Justiz und für Europa beobachtet die Entwicklungen weiter aufmerksam. Herr Minister Wolf hat zuletzt angeboten, über eine interministerielle Arbeitsgemeinschaft die Vorbereitungsmaßnahmen zu koordinieren.

Bewertung: Die Zeit für eine Einigung wird knapp. Die Verhandlungsparteien sollten sich bis spätestens Ende November auf ein Austrittsabkommen einigen, so dass das britische Parlament und die europäischen Institutionen das Abkommen rechtzeitig bis 29. März 2019 ratifizieren können. Dabei gibt es nur noch wenig Bewegungsspielraum für Kompromisse. Eine Annäherung bei der Frage der nord-irisch/irischen Grenzen hängt nicht zuletzt auch von der innenpolitischen Auseinandersetzung im Vereinigten Königreich ab. Die Verhinderung einer harten Grenze muss dabei für alle Beteiligten die oberste Prämisse sein. In Bezug auf das zukünftige Verhältnis hat Baden-Württemberg großes Interesse an einem engen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Austausch.

4. Rechtsstaatlichkeit

Die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien war auch im Berichtszeitraum Thema in den EU-Institutionen. Im Mittelpunkt standen dabei Polen, Ungarn und Rumänien.

Die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien war auch im Berichtszeitraum Thema in den EU-Institutionen. Im Mittelpunkt standen dabei Polen, Ungarn und Rumänien.

Das Europäische Parlament hat am 12. September 2018 einen Bericht angenommen, der sich kritisch mit der Lage in Ungarn auseinandersetzt. Das Parlament fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, das Verfahren nach Art. 7 EUV einzuleiten um festzustellen, ob in Ungarn die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Grundwerte der EU besteht. Der entsprechende Antrag wurde mit 448 gegen 197 Stimmen bei 48 Enthaltungen angenommen.

Die Kommission hält an ihrer Auffassung fest, dass das neue polnische Gesetz über das Oberste Gericht gegen EU-Recht verstößt und u. a. den Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit verletzt. Das Gesetz sieht u. a. vor, das Pensionsalter für Richter am Obersten Gericht von

70 auf 65 Jahre herabzusetzen. Dies ist mit einem zwangsweisen Ruhestand aller amtierenden Richter jenseits dieser Altersgrenze verbunden. Die Kommission hat am 24. September 2018 beschlossen, die nächste Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens einzuleiten und den EuGH anzurufen. Gleichzeitig will die Kommission den EuGH um einstweilige Anordnungen ersuchen, mit denen am Obersten Gericht in Polen die Lage wiederhergestellt wird, wie sie vor dem Tag des Erlasses des neuen Gesetzes, am 3. April 2018 bestand. Die Kommission hat überdies beschlossen, beim EuGH ein beschleunigtes Verfahren zu beantragen, um baldmöglichst eine rechtskräftige Entscheidung zu erwirken.

Auch die geplante Justizreform in Rumänien stößt in den EU-Institutionen auf Kritik. Es wird befürchtet, dass die Reform den Kampf gegen Korruption schwäche. Auf Bedenken stoßen beispielsweise der Ausschluss von Ermittlungen der Antikorruptionsbehörde gegen Verwaltungsbeamte oder die Ausweitung der Kontrolle des Justizministeriums über die Staatsanwaltschaften. Kritik kommt aus dem EP, aber auch Kommissionsvizepräsident Timmermans äußerte Bedenken im Rahmen einer Aussprache im Plenum des EP am 3. Oktober 2018.

Herr Minister Wolf hat bei seiner Rumänien-Reise die Kritik an der Justizreform bei einem Treffen mit dem rumänischen Justizminister angesprochen. (siehe auch Bericht unter IX. 2.)

Der Zustand der Rechtsstaatlichkeit in der EU war auch Thema auf der 78. Europaministerkonferenz (EMK) am 26./ 27. September 2018. Auf Mitinitiative von Herrn Minister Wolf fasste die EMK den Beschluss „Europäische Werte und Rechtsstaatlichkeit“. Darin betont die EMK, dass die in Art. 2 EUV verankerten Werte der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Minderheitenrechte die Grundpfeiler der EU bilden und von den Mitgliedstaaten ebenso wie von den Organen der EU zu achten sind. Der Rechtsstaatlichkeit komme dabei besondere Bedeutung zu, denn die EU sei eine Gemeinschaft des Rechts. In einer Wertegemeinschaft sei es erforderlich, schwerwiegende und anhal-

tende Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit zu sanktionieren. Ein Eingreifen der EU sei bei einer eindeutigen Gefahr für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ihren Mitgliedstaaten erforderlich. Die EMK-Mitglieder wollen auf regionaler und lokaler Ebene den Dialog über die Europäischen Werte und die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, in denen die Rechtsstaatlichkeit unter Druck geraten ist, verstärken und die guten Beziehungen zu ihren Partnern und Nachbarn fortsetzen und weiter ausbauen.

II. Europadialog der Landesregierung

Der Europadialog der Landesregierung beruht auf drei Säulen: den Experten, die im Expertenforum und fünf spezifischen Fachforen zusammentreten, den Bürgerdialogen und öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, mit denen der Europadialog in die Fläche getragen werden soll.

Fachforen

Am 13. und 14. September 2018 fanden die zweite Sitzungsrunde der fünf Fachforen Innovation, Jugend, Kommunen, Sicherheit und Umwelt statt. Die Mitglieder griffen die Ergebnisse des bisherigen Dialogprozesses auf und erarbeiteten eine Grundlage für die weitere Arbeit des Expertenforums. Die dritte und abschließende Sitzung dieses Gremiums findet unter dem Vorsitz von Herrn Minister Guido Wolf am 10. November 2018 im Neuen Schloss in Stuttgart statt.

Veranstaltungen in der Fläche

Mit den Veranstaltungen in der Fläche möchte das Ministerium der Justiz und für Europa weiteren Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zum Dialogprozess ermöglichen. Dabei zielt die Strategie auf eine hohe Präsenz in der Fläche durch Kooperationen mit den Kommunen. Durch den Einsatz von unterschiedlichen Formaten und Medien sollen unterschiedliche Alters- und Interessengruppen angesprochen werden.

III. Europapolitische Veranstaltungen

Studienfahrt nach Brüssel und Luxemburg vom 2. bis 5. Juli 2018 für Schülerinnen und Schüler

Mit den rund 30 baden-württembergischen Gewinnerinnen und Gewinnern des jährlich stattfindenden Europäischen Wettbewerbs wurde eine mehrtägige Studienfahrt nach Brüssel und Luxemburg durchgeführt. Programminhalte waren neben Stadtführungen der Besuch des Rats der Europäischen Union, des Europäischen Parlaments sowie der Landesvertretung Baden-Württembergs.

Literaturveranstaltung

Das Ministerium der Justiz und für Europa pflegt eine enge Zusammenarbeit mit den fünf baden-württembergischen Europe Direct Informationszentren (EDIC). Im Rahmen dieser Zusammenarbeit wird an den Standorten der EDIC an unterschiedlichen Terminen eine Multimedia-Literaturveranstaltung angeboten: Oliver Lück, Journalist und Fotograf (für Magazine und Tageszeitungen), zeigt Bilder und erzählt Geschichten zum Thema "Kulturwunder EUROPA: Bilder, Geschichten und Begegnungen". Den Auftakt der Veranstaltungsreihe machte Freiburg am 25. September 2018, weitere Veranstaltungen sind im November geplant.

Auftaktveranstaltung zur österreichischen Ratspräsidentschaft 4. Juli 2018 in der Landesvertretung Brüssel

Zum Auftakt der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft (Juli-Dezember 2018) lud Herr Minister Wolf am 4. Juli 2018 zur Podiumsdiskussion in die Landesvertretung Brüssel ein. Rund 300 Gäste folgten der Podiumsdiskussion, an der Prof. Dr. Klemens H. Fischer (Gesandter, Ständige Vertretung der Republik Österreichs bei der Europäischen Union), Florian Geyer (Referent der Generaldirektorin Paraskevi Michou, Generaldirektion Migration und Inneres, Europäische Kommission) und Mag. Ingrid Steiner-Gashi (EU-Korrespondentin, Der Kurier). Die Moderation übernahm Mag. Karin Lukas-Eder (Leiterin EU-Verbindungsbüro der Bayerischen Forschungsallianz). Eingeleitet und begleitet wurde die

Veranstaltung von Impulsreferaten von Minister Wolf, des Leiters des Auslandsbüros Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung, Dr. Markus Ehm, und des Geschäftsführers des Wilfried Martens Centre for European Studies, Tomi Huhtanen.

Minister Wolf machte deutlich, dass Baden-Württemberg und Österreich vieles verbinde: neben dem großen europäischen Strom – der Donau – seien verbindende Elemente auch eine gewachsene und starke kommunale Selbstverwaltung, eine starke und innovative mittelständische Wirtschaft, die hohe Wertschätzung für Traditionen und den Erhalt der Kulturlandschaften, lebenswerte ländliche Räume und pulsierende Städte. Minister Wolf unterstrich, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg seit jeher sehr eng mit der österreichischen Bundesregierung und den Landesregierungen zusammenarbeite. Dies werde auch während der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft gepflegt und intensiviert. Minister Wolf sieht bei den Prioritäten Österreichs für das 2. Halbjahr auch die richtige Schwerpunktsetzung; mit dem Motto „Ein Europa, das schützt“ hätte Österreich den richtigen Nerv getroffen. Minister Wolf erwartet, dass dieses Motto in vielerlei Hinsicht gilt: nach innen, wenn es um den Schutz vor Terror und Kriminalität geht, nach außen wenn es um den Schutz der Grenzen geht und ganz allgemein, wenn es darum geht, die europäische Art zu leben, zu schützen.

Weiter hob Minister Wolf als große Herausforderung unter Österreichischer EU-Ratspräsidentschaft den Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2021 hervor.

Beim Thema EU-Reform und die EU-Zukunftsdebatte unterstrich Minister Wolf, dass für Baden-Württemberg die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips tragende Säule des Prozesses sei.

IV. Europafähigkeit

Seminarprogramm

Im Rahmen der durchgeführten Potenzialanalyse am 4. Dezember 2017 hatte sich ein übergreifender Bedarf für verschiedene Themenfelder

herauskristallisiert. Das Ministerium der Justiz und für Europa hat in diesem Zusammenhang ein umfassendes Seminarprogramm entworfen. Im 3. Quartal wurde mit einem EU-Basic-Seminar für Mitglieder des Dynamischen Europapools gestartet. Neben grundsätzlichen Informationen zur Geschichte der EU bzw. zu den EU-Institutionen haben die rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Überblick über die Arbeit in der Landesvertretung in Brüssel, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission erhalten. Weitere Seminarangebote sind „Parkettsicherheit“, „Selbstreflexion“, „Rhetorik mit Überzeugungskraft“, „Präsentationstraining und -gestaltung“, „Power-Point“ und „Interkulturelle Kompetenz“. Die Resonanz auf das Seminarangebot ist groß.

Werbemaßnahmen

Die Bewerbung des Dynamischen Europapools ist eine Daueraufgabe. Es werden weiterhin insbesondere Auswärtsspielerinnen und Auswärtsspieler gesucht. Um den Bekanntheitsgrad des Dynamischen Europapools zu steigern, wurde im Rahmen einer weiteren Bewerbungsoffensive die Homepage ausgebaut und um wesentliche Informationen erweitert sowie ein Flyer entworfen und gedruckt. Ziel des Flyers ist, künftig einen noch schnelleren und umfassenderen Überblick über den Europapool und seine Angebote und Programme zu ermöglichen. Um den Europapool auch über die Landesgrenzen hinaus bekannter zu machen, wurde der Flyer zudem in englischer Version erstellt.

V. Ausschuss der Regionen

Im Rahmen der 130. Plenarsitzung am 4. und 5. Juli 2018 diskutierten die AdR-Mitglieder über die Prioritäten österreichischen Ratspräsidentschaft. Herr Minister Wolf betonte, dass das Motto des Vorsitzes „Ein Europa, das schützt“, den Erwartungen vieler Menschen in Europa entspreche. Österreich habe sich zu Recht vorgenommen, Fortschritte bei den Themen Asyl, Migration und Schutz der Außengrenzen zu erreichen. Mit Blick auf die wichtige Debatte über die Zukunft Europas sei es begrüßenswert, dass der österreichische Vorsitz das Thema Subsidiarität in den Mittelpunkt stellen wolle. Frau Bundesministerin Bogner-

Strauß unterstrich für den Vorsitz, dass die österreichische Bundesregierung mit Fortschritten in den konkreten Themen auch das Vertrauen der Menschen in die Europäische Union wieder stärken wolle.

Der AdR nahm in der Plenarsitzung eine Stellungnahme zum Thema „Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen“ an. Herr Minister Wolf konnte wichtige Anliegen Baden-Württembergs in die Stellungnahme einfließen lassen. So fanden seine Änderungsanträge eine Mehrheit, mit denen der AdR auf das Problem neuer Hemmnisse im Binnenmarkt durch die Änderung nationaler Gesetze aufmerksam macht, größere Freiräume für die transnationale Zusammenarbeit fordert sowie die Forderung erhebt, dass für die Umsetzung der verschiedenen EU-Fonds identische Vorschriften gelten sollten.

Weitere Schwerpunkte der Plenarsitzung waren eine Debatte über die Zukunft Europas mit den Verbänden der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften sowie das Thema des Beitrags der Regionen und Kommunen zur COP 24 der Klimakonvention. Daneben verabschiedete der AdR u.a. Stellungnahmen zur Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, zur Umsetzung der EU-Städteagenda, zum Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zur Östlichen Partnerschaft und zum Aktionsplan für einen besseren Schutz des öffentlichen Raums.

VI. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Zukunft der Interreg-Programme nach 2020

Das Staatsministerium hat sich intensiv mit den von der Europäischen Kommission Ende Mai 2018 vorgelegten Entwürfen der Verordnungen zur künftigen Kohäsionspolitik und insbesondere dem Verordnungsentwurf zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit befasst.

Schon im Vorfeld der Vorstellung der Verordnungsentwürfe wurden die Anliegen des Landes an die Kommission übermittelt. Dabei ging es vor allem darum, für eine Mittelausstattung zu werben, die mindestens der

aktuellen entspricht sowie für Vereinfachungen bei der Umsetzung, insbesondere von Kleinprojektfonds. Zur Förderung von Kleinprojektfonds hatte das Staatsministerium zusammen mit den Verwaltungsbehörden der Programme Oberrhein und Alpenrhein Bodensee Hochrhein ein Positionspapier erarbeitet, das in erster Linie die praktischen Erfahrungen aufgreift und darauf basierende Vorschläge unterbreitet.

Einige Anliegen Baden-Württembergs wurden bereits im Entwurf der Interreg-Verordnung aufgegriffen. Für weitere machte sich das Staatsministerium im Zuge der Behandlung im Ausschuss für Regionalpolitik (REGI) des Europäischen Parlaments stark. Dies geschah zunächst im Austausch mit dem Büro des Berichterstatters, Pascal Arimont, der im Nachgang zu dem Austausch wichtige Anliegen des Landes in seinem Bericht aufgriff. Nach Vorlage des Berichts wurden dem Berichterstatter, der Schattenberichterstatterin, deutschen Mitgliedern des Europäischen Parlaments sowie den Fraktionen der Grünen und der Europäischen Volkspartei (EVP) weitere Interessen des Landes übermittelt.

Das Staatsministerium hat sich darüber hinaus aktiv in eine vom Bundeswirtschaftsministerium geleitete Runde der an den Interreg-A-Programmen beteiligten Länder eingebracht. Ziel war es, die Anmerkungen und Änderungswünsche der Länder für die Befassung im Europäischen Rat zusammenzutragen und aufzubereiten. Die Kommentierung der Länder wurde der EU-Ratspräsidentschaft und der Europäischen Kommission übermittelt. Der Austausch mit der Kommission und dem Parlament zu den Interreg-Verordnungsentwürfen hat gezeigt, dass die Europäischen Institutionen an den praxisorientierten Vorschlägen aus Baden-Württemberg interessiert sind. Der intensive Austausch hat dazu geführt, dass wichtige Anliegen Baden-Württembergs aufgegriffen wurden

Interreg A „Obersrhein“

Am 5. Juli 2018 fand die 21. Sitzung der Arbeitsgruppe INTERREG V A Obersrhein in Straßburg statt. Dabei wurden drei neue Projektideen vorgestellt. Im Anschluss wurden in der 7. Sitzung des Lenkungsausschusses vier neue Kleinprojekte genehmigt. Wie durch die Verordnung vorgegeben, wird derzeit eine Programmevaluierung durchgeführt. Des Weiteren erfolgt gerade eine Bewertung der Kommunikationsstrategie und der Technischen Hilfe. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen in der nächsten Sitzung des Begleitausschusses am 13. Dezember 2018 vorgestellt werden.

Internationale Bodensee Konferenz (IBK)

Nachdem die Regierungschefs im Dezember 2017 ein neues „Leitbild der IBK für die Bodenseeregion“ und neue strategische Stoßrichtungen für die kommenden fünf Jahre beschlossen hatten, wurden im Strategiegelgespräch der Regierungschefs Ende Juni in Konstanz zwei konkrete Projekte verabschiedet. Zum einen soll über die nächsten drei Jahre die "Digitalisierungsinitiative Bodensee" umgesetzt werden, die u.a. den Austausch von Digitalisierungsakteuren in einem „BodenseeDialog Digital“ verstärken und einen „Kompetenzatlas Bodensee“ zur besseren Sichtbarmachung der Digitalisierungspotentiale rund um den See bündeln soll. Darüber hinaus soll auch ein sog. Bodensee Summit Digital durchgeführt werden.

Im Rahmen des zweiten strategischen Projektes zur Entwicklung der Elektromobilität am Bodensee soll innerhalb eines Jahres eine Bodensee E-Charta mit maßgeblichen Trägern aus Verwaltung, Wirtschaft und Energieversorgern ausgearbeitet werden. Eine Verabschiedung der E-Charta ist für Mai 2019 geplant.

VII. EU-Strategie für den Donaauraum und EU-Strategie für den Alpenraum

1. EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Internationales Donaufest in Ulm vom 6. bis 15. Juli 2018

Frau Staatsministerin Theresa Schopper nahm als Vertreterin der Landesregierung an den Eröffnungsfeierlichkeiten des diesjährigen Donaufests der Städte Ulm und Neu-Ulm am 6. Juli 2018 teil. Ca. 350.000 Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, vom 6. bis 15. Juli Kultur, Kunsthandwerk und Kulinarik aus den Regionen und Ländern entlang der Donau kennen zu lernen. Wie in den vergangenen Jahren auch, fanden während des Donaufests auch verschiedene Konferenzen und Workshops mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft aus allen Donauländern statt, so beispielsweise die Fachkonferenz „Nachhaltige Mobilität entlang der Donau – neue Wege der Zusammenarbeit“. Auch von Seiten der Zivilgesellschaft gab es vielfältige Aktivitäten, etwa im Rahmen einer Konferenz zum immateriellen Kulturerbe im Donaauraum, die von Seiten des Staatsministeriums unterstützt wurde. Mit Zusammenkünften wie etwa dem durch die Baden-Württemberg Stiftung unterstützten Internationalen Jugendcamp und dem donau.pop.camp gab es auch vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten für die jüngere Generation aus allen Donauanrainern.

Fachtag und (Süd-)Osteuropa Netzwerktreffen am 13. September 2018

Frau Staatsrätin Gisela Erlen eröffnete am 13. September 2018 im Haus der katholischen Kirche eine Fachtagung der Zivilgesellschaft im Donaauraum, die von der Concordia Stiftung und dem Netzwerk Zivilgesellschaft EUSDR veranstaltet wurde. Im Rahmen einer sogenannten Unconference, deren Themenauswahl die Teilnehmenden selbst vor Ort mit beeinflussen konnten, wurde ein breites Themenfeld diskutiert, das von den Herausforderungen der europapolitischen Kommunikation im Donaauraum bis hin zur Unterstützung für Sinti und Roma im Donaauraum reichte. Mit der Fragestellung der Zusammenarbeit im Jugendbereich

im Donauraum wurde zudem ein Thema weiter vertieft, das das Staatsministerium bereits auf einer Dialogveranstaltung am 23. März 2018 zu einem Schwerpunktthema gemacht hatte und das im Jahr 2019 in der Zusammenarbeit weiter in den Fokus rücken soll.

Künftige Ausgestaltung des Danube Strategy Point (DSP)

Auf einer gemeinsamen Sitzung der Nationalen Koordinatoren der EUSDR und des Begleitausschusses des Interreg Donauraumprogramms am 17./18. Juli 2018 in Split wurde die künftige Ausgestaltung des Danube Strategy Point (DSP) den Gremien vorgestellt und beschlossen. Der DSP ist eine zentrale europäische Koordinationsstelle, die die Arbeit der beteiligten Donauländer und -staaten sowie der Europäischen Kommission im Donauraum unterstützen soll. Der DSP wird künftig gemeinsam von Österreich und Rumänien betrieben und wird noch in 2018 operativ tätig werden

2. EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)

Sitzung des Executive Board der EUSALP am 5. und 6. Juli 2018

Die nationalen Koordinatoren der EUSALP trafen sich am 5. und 6. Juli 2018 in Pörschach zu einer Sitzung des Executive Boards (EB). Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war die Planung des Jahresforums der EUSALP am 20. und 21. November 2018 in Innsbruck. Ziel des Jahresforums ist es, in allen Themenbereichen junge Menschen und Jugendliche einzubinden und deren Projekten im Rahmen eines Wettbewerbs Raum zu geben. Weiterhin hat sich das EB mit dem Entwurf einer Erklärung der Umweltminister zum Thema Bodenschutz befasst, die bei der Generalversammlung der EUSALP am 20. November in Innsbruck angenommen werden soll.

VIII. Vier Motoren für Europa

Jubiläumsveranstaltung der Vier Motoren für Europa

Am 3. Juli 2018 fand eine Veranstaltung unter dem Titel „30 Jahre Vier Motoren - Vier Regionen für ein starkes Europa“ zum 30jährigen Jubiläum der Vier Motoren im Schauspiel Stuttgart und im Neuen Schloss statt. Diese wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und dem Schauspiel Stuttgart durchgeführt. Nach einer Begrüßung durch Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann und einer Rede des österreichischen Autors Dr. Robert Menasse diskutierten die Vertreter der Regierungen der Partnerregionen sowie Robert Menasse unter Moderation von Dr. Martin Kilgus (ifa Akademie) über das Europa der Regionen und die Rolle der kulturellen Identität in diesem Zusammenhang. Aus den Partnerregionen nahmen Präsident Attilio Fontana (Lombardei), Vizepräsident Pere Aragonès (Katalonien) sowie Vizepräsident Yannick Neuder (Auvergne-Rhône-Alpes) an der Podiumsdiskussion teil.

In der Schlussrede ging Kommissar Günther Oettinger auf die aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union und die Zusammenarbeit der Vier Motoren ein. Die Regierungsvertreter der Partnerregionen wurden begleitet von weiteren Ministern und Abgeordneten aus ihren Regionen sowie Delegationen aus Fachleuten aus den verschiedenen Themenbereichen, die von den Vier Motoren bearbeitet werden. Zur Veranstaltung hatten sich über 600 Personen angemeldet. Neben Expertinnen und Experten aus der Europa- und Vier Motoren-Zusammenarbeit nahmen auch Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie Bürgerinnen und Bürger an der Jubiläumsveranstaltung teil.

IX. Europäische und internationale Zusammenarbeit / Auslandsreisen

1. Delegationsreise von Ministerpräsident Kretschmann in die USA und nach Kanada vom 13. bis 22. September 2018

Im Rahmen einer zehntägigen Delegationsreise besuchte Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann Kalifornien und Kanada mit dem Ziel,

den Klimaschutz und den transatlantischen Dialog zu stärken. Im Mittelpunkt standen die Teilnahme am „Global Climate Action Summit“ in San Francisco, die Begründung einer Landespartnerschaft mit Kalifornien, der Besuch des Silicon Valley sowie Besuche in der kanadischen Partnerprovinz Ontario und der kanadischen Hauptstadt Ottawa.

Ziel der Reise war es, die Kooperation zu den Themen Klimaschutz, Digitalisierung, Mobilität, Energie und Industrie 4.0. weiter zu vertiefen. Dazu fanden unter anderem Fachkonferenzen im Silicon Valley und in Toronto statt. Ferner stand ein politischer Austausch zu den Themen Handels- und Migrationspolitik auf dem Programm.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann wurde von einer Delegation mit über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern begleitet. Aus dem Kabinett nahmen Umweltminister Franz Untersteller, Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, Verkehrsminister Winfried Hermann und Finanzministerin Edith Sitzmann teil, sowie der Staatssekretär im Staatsministerium, Volker Ratzmann, und die Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, Katrin Schütz. Auch Vertreterinnen und Vertreter des Landtags reisten mit. Andreas Stoch (SPD), Thekla Walker (Grüne), Willi Stächele (CDU), Dr. Gerhard Aden (FDP) und Klaus-Günther Voigtmann (AfD) gehörten der Delegation an, ebenso wie Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft sowie von Hochschulen, Wissenschafts- und Forschungsinstitutionen und Kommunen.

Die internationale Klimakonferenz „Global Climate Action Summit“ zeigte die Bedeutung der subnationalen Ebene beim Klimaschutz und präsentierte zahlreiche Umsetzungsbeispiele für den Klimaschutz. Baden-Württemberg zeigte insbesondere best practices aus dem kommunalen Bereich und der Industrie. Die Ergebnisse der Konferenz werden in den Aufruf „Call to Action – Aufruf zum Handeln“ aufgenommen und der UN übergeben. In einer Rede auf dem Schlussplenum der Konferenz verpflichtete sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann, bis zum Jahr 2040 die gesamte Landesverwaltung klimaneutral zu machen und bis 2050 für Baden-Württemberg Klimaneutralität zu erreichen. 2015

hatten Ministerpräsident Kretschmann und der kalifornische Gouverneur Brown die „Under2Coalition“ für den Klimaschutz initiiert. Dieses Memorandum wurde bislang von mehr als 200 Staaten und Regionen unterzeichnet. Es repräsentiert damit 1,3 Milliarden Menschen aus über 40 Nationalstaaten und rund 40 Prozent der Weltwirtschaft auf sechs Kontinenten.

Im Silicon Valley standen u.a. Unternehmensbesuche zum Thema Künstliche Intelligenz und neue Mobilität, ein Gespräch mit dem deutschstämmigen Wagniskapital-Geber und Mitbegründer der Firma Sun Microsystems Andreas von Bechtolsheim sowie ein Erfahrungsaustausch mit den Teilnehmern des neuen InnovationCamp Silicon Valley BW im Mittelpunkt. Das Projekt InnovationCamp Silicon Valley BW unterstützt Firmen und Institutionen der Wirtschaft und der angewandten Forschung aus Baden-Württemberg im Silicon Valley. In Toronto besuchte die Delegation u.a. das „Vector Institute for Artificial Intelligence“. Zudem wurde Ministerpräsident Winfried Kretschmann von der Vertreterin der britischen Krone in Ontario, Frau Dowdeswell empfangen. In Ottawa traf er mit dem kanadischen Premierminister Trudeau und dem kanadischen Handelsminister Carr zusammen und informierte sich im Parlament zum Thema Migration.

2. Reise von Minister Wolf nach Rumänien von 2. bis 5. August 2018

Minister Guido Wolf reiste mit einer Delegation von 2. bis 5. August 2018 nach Rumänien. Zur Delegation gehörten u. a. Arnulf Freiherr von Eyb MdL und Jürgen Keck MdL. Schwerpunkt der politischen Gespräche in Bukarest waren die Rechtsstaatlichkeit und die jüngsten Justizreformvorhaben in Rumänien. Darüber hinaus wurden die guten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und Rumänien erörtert. Gesprächspartner waren Regierungsvertreter, wie Justizminister Tudorel Toader, aber auch Oppositionsvertreter, beispielsweise der Vorsitzende der PNL [Partidul Național Liberal] Ludovic Orban.

In Temeswar konnte die Delegation Informationen aus erster Hand über die Situation der deutschen Minderheit in Rumänien erlangen. Die Teilnehmer führten hier u. a. ein Gespräch mit dem Abgeordneten der deutschen Minderheit im Rumänischen Parlament, Ovidiu. Zur Delegation stieß der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Banater Schwaben e.V., Peter-Dietmar Leber. Die Banater Schwaben gehören mit den Siebenbürger Sachsen zu den größten Gruppen der deutschen Minderheit.

Kultureller Höhepunkt der Reise war der Besuch des 150. Jubiläums der Kirchweih der Mutter-Anna-Kirche in Sanktanna und die Teilnahme am dortigen Festgottesdienst. Die Einladung des Heimatsortsvereins Sanktanna war einer der Anstöße der Rumänienreise. Die Delegation freute sich hier über die Teilnahme des Beauftragten des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg für die heimatvertriebenen Landsleute und Aussiedler, Herbert Hellstern.

3. Zusammenarbeit mit Frankreich

Expertenworkshops zur Frankreich-Konzeption

Mit der „Frankreich-Konzeption“ beabsichtigt die Landesregierung die bereits bestehende, erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich bzw. Baden-Württemberg und Grand Est sowie Auvergne-Rhône-Alpes (Partner im Netzwerk der Vier Motoren für Europa) weiter auszubauen. Die Frankreich-Konzeption soll als zukünftiger Handlungsrahmen der baden-württembergisch-französischen Zusammenarbeit definieren, wie das Land in den nächsten zehn Jahren, gemeinsam mit seinen französischen Partnern, die Zusammenarbeit auf eine qualitativ höhere Ebene bringt.

Die Konzeption wird diskursiv mit deutschen und französischen Akteuren auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene entwickelt. In einem ersten Schritt fanden hierzu am 6. Mai, am 20. Mai und am 23. September 2017 drei grenzüberschreitenden Bürgerdialoge statt, deren Ergebnisse in die Frankreich-Konzeption der Landesregierung einfließen sollen.

In diesem Sinne wurden die Ergebnisse der Bürgerdialoge bei der Auftaktveranstaltung des Staatsministeriums zur Frankreich-Konzeption im Neuen Schloss berücksichtigt, zu der Frau Staatsrätin Erler am 27. November 2017 eingeladen hatte.

Auf Grundlage der Veranstaltungsergebnisse und in Zusammenarbeit mit den Ressorts werden im Rahmen von insgesamt zehn deutsch-französisch besetzten Experten-Workshops unterschiedliche Themenbereiche weiter vertieft.

Ziel der Workshops ist es, strategische Ziele, Handlungsempfehlungen und Projektideen zu identifizieren und diese soweit zu konkretisieren, dass daraus im Anschluss konkrete Maßnahmen abgeleitet werden können.

Folgende Expertenworkshops wurden bisher durchgeführt:

- 27.3.2018: Städtepartnerschaften, Information und Kommunikation
- 14.5.2018: Verkehr und Mobilität
- 8.6.2018: Wissenschaft
- 11.6.2018: Gesundheit
- 18.6.2018: Berufliche Bildung
- 5.7.2018: Spracherwerb
- 19.7.2018: Wirtschaft – Industrie 4.0
- 17.9.2018: Lebenslanges Sprachenlernen
- 24.9.2018: Umwelt, Energie und Biodiversität

Interministerielle Arbeitsgruppe „Zukunftsprozess Fessenheim“

Frau Staatsrätin Erler lud Vertreterinnen und Vertreter der Ressorts zu einer ersten Sitzung der interministeriellen Arbeitsgruppe „Zukunftsprozess Fessenheim“ am 26. Juli 2018 in die Villa Reitzenstein ein.

Die Sitzung diente der umfassenden Information der Ressorts über den aktuellen Diskussions- und Planungsstand von Projekten im Rahmen des von französischer Seite initiierten Lenkungsausschusses „Zukunftsprozess Fessenheim“. Im Rahmen der Sitzung wurden zudem Möglichkeiten diskutiert, welche Impulse aus den Bereichen Energietechnologien, Verkehr, Wissenschaft und Wirtschaft die Landesregierung aktiv in den Prozess einbringen könnte, um die rd. 200 ha große Sonderzone rund um die französische Gemeinde Fessenheim mit den französischen Partnern gemeinsam zukunftsorientiert und nachhaltig zu gestalten.

Der Lenkungsausschuss „Zukunftsprozess Fessenheim“, auf Einladung des französischen Staatssekretärs Sébastien Lecornu, tagte erstmalig am 19. Januar 2018. Die zweite Sitzung fand am 13. April 2018 statt, einen Tag nach dem Treffen von Herrn Ministerpräsident mit Europaministerin Loiseau und Staatssekretär Lecornu in Straßburg. Die dritte Sitzung ist für den 4. Oktober 2018 in Colmar terminiert.

Auf Einladung des Präfekten der Region Grand Est, Jean-Luc Marx, wurde zum 31. Mai 2018 ein deutsch-französischer Lenkungsausschuss mit fachlichen und politischen Sitzungen zu einer Machbarkeitsstudie zur Bahnstrecke Colmar-Freiburg initiiert, in dessen Rahmen eine gemeinsame multimodale Machbarkeitsstudie der französischen und deutschen Partner, auf deutscher Seite Bund und Baden-Württemberg, beschlossen wurde.

Podiumsdiskussion in Freiburg (EUCOR)

Am 11. Juni 2018 nahm Staatsrätin Gisela Erler auf Einladung der Universität Freiburg aus Anlass des Treffens des Universitätsbeirates an einem Podiumsgespräch zum Thema „Auf dem Weg zur Europäischen Universität“ in der Universität Freiburg teil. Gemeinsam mit Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jochen Schiewer, Rektor und Präsident von „Eucor -The European Campus“ und weiteren Experten aus der Hochschullandschaft des grenzüberschreitenden Hochschulverbunds diskutierte Frau Staats-

rätin Erler über den Stand der Entwicklung von Mobilität und Infrastruktur im Rahmen der angestrebten Antragsstellung von Eucor für das neue Förderprogramm „Europäischer Universitäten“. Gesprochen wurde zudem über die Besonderheiten von Eucor im Vergleich zu anderen Universitätsverbänden und die mögliche Aufwertung von „Europäischen Universitäten“ gegenüber der hohen Stellung von Universitäten in den USA oder Asien in internationalen Rankings.

Frau Staatsrätin unterstrich im Sinne der Absichtserklärung, die Herr Ministerpräsident am 12. April 2018 gemeinsam mit dem Präsidenten der Région Grand Est, Jean Rottner, und der Rectrice der Académie de Strasbourg, Sophie Béjean, unterzeichnete, dass die Landesregierung die Weiterentwicklung des trinationalen Universitätsverbands „Eucor – the European Campus“ politisch unterstützen werde.

Empfang französischer Nationalfeiertag

Herr Ministerpräsident folgte am 14. Juli 2018 der Einladung des französischen Generalkonsuls Nicolas Eybalin für den Empfang anlässlich des Französischen Nationalfeiertages im Hospitalhof in Stuttgart. Der Anlass des Empfangs war gleichzeitig der Abschied von Generalkonsul Eybalin, der nach vierjähriger Standzeit in Stuttgart in das französische Außenministerium nach Paris wechselte. Herr Ministerpräsident unterstrich in seinem Grußwort die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Frankreich, speziell auch mit den Nachbar- und Partnerregionen Grand Est und Auvergne-Rhône-Alpes, und danke Generalkonsul Eybalin für den außerordentlichen Beitrag, den er in den vergangenen vier Jahren zur Pflege dieser Beziehungen dazu geleistet hat.

X. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien und der Welt-nachhaltigkeitsziele (SDG) stand auch im dritten Quartal des Jahres 2018 im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Auf Einladung von Frau Staatsministerin Theresa Schopper brachten die Amtsleitungen der Ministerien am 9. Juli 2018 die Initiative „Afrika im Blick“ auf den Weg. Diese soll unter anderem in Expertenanhörungen und Workshops einen Überblick zu den Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und dem Nachbarkontinent bieten, Potenziale aufzeigen und konkrete Maßnahmen anstoßen.

Frau Staatsministerin Theresa Schopper empfing am 24. Juli 2018 besonders engagierte Migrantinnen und Migranten, um das entwicklungspolitische Jahresthema „Migrantisches Engagement in der baden-württembergischen Entwicklungspolitik“ zu konkretisieren. Beide Seiten bekräftigten, die Selbstorganisation, Vernetzung und Beratung migrantischer Organisationen weiter ausbauen zu wollen. Sie eröffnete zudem am 13. September 2018 die bundesweite „Faire Woche“ in der Landesvertretung in Berlin.

Ein Tag später startete die Kampagne auch in Baden-Württemberg mit der Ausstellungseröffnung „Augen auf! - Armut im Blick“, bei der in Ulm das Weltnachhaltigkeitsziel „Armut“ in den Mittelpunkt gestellt wurde. Am 17. und 18. September 2018 brachten sich Frau Staatsministerin Theresa Schopper und Herr Staatssekretär Volker Schebesta auf der Entwicklungspolitischen Landesklausur 2018 ein. Schwerpunkte der Fachtagung war die Gesamtstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung des Landes sowie das jugendliche Engagement. An der Klausur nahmen erstmals neben Vertretungen aus den Ministerien, dem Rat für Entwicklungszusammenarbeit, dem Kreis der Eine-Welt-Promotoren/innen auch zahlreiche kommunale Koordinatorinnen und Koordinatoren für Entwicklungspolitik und migrantische Vertreterinnen und Vertreter (insbesondere aus dem Programm MiGlobe) teil.